

Weg frei für gemeinsame Suche nach Atommüll-Endlager

Bund und Länder wollen gemeinsam einen Standort für ein Atommüll-Endlager suchen. Das haben Politiker von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen gemeinsam verabredet. Die Einigung ist ein Erfolg von Umweltminister Peter Altmaier.

- Bund und Länder wollen mehrere Standorte prüfen. Die Suche soll bundesweit erfolgen. Das Ergebnis der Suche ist offen. Bürgerinnen und Bürger werden angehört.
- Eine Untersuchungs-Kommission soll bis Ende 2015 Vorschläge machen. Außerdem soll sie die Anforderungen an die Sicherheit feststellen. Der Kommission werden 24 Personen angehören. Diese kommen aus der Wissenschaft, Politik, Umweltverbänden, Gewerkschaften und Kirchen. Die Kommission soll öffentlich tagen.
- Das Verfahren für die Suche nach einem Endlager wird streng geordnet: Bundestag und Bundesrat sollen jedem Schritt zustimmen – von der Auswahl und Erkundung der Endlager bis hin zur Standortentscheidung. Bei der Auswahl der Standorte wird Rechtsschutz gewährt.
- Die Castor-Transporte nach Gorleben werden eingestellt. Die Erkundung des Salzstocks in Gorleben wird beendet.

Deutschland braucht ein sicheres Endlager für Atommüll. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig. Dieser Verantwortung darf sich keine Partei entziehen. Gemeinsam wollen wir einen geeigneten Ort dafür finden.

Die Mitte.

CDU